

München

## **Die Landkreise haben den Vorstoß des Freistaats auch schon abgelehnt.'Glasklare Zuständigkeiten'**

### **Streit um die Finanzierung der zweiten S-Bahn-Stammstrecke eskaliert - Ausschuss lehnt Vorfinanzierung durch die Stadt ab**

*Von Alfred Dürr*

Im Streit um die Finanzierung der zweiten S-Bahn-Stammstrecke sind die Fronten nun ganz verhärtet. Der Planungsausschuss des Stadtrats lehnte es in seiner jüngsten Sitzung gegen die Stimmen der CSU ab, dass sich die Stadt mit einer Vorfinanzierung von 350 Millionen Euro an dem Ausbau beteiligt. Oberbürgermeister Christian Ude (SPD) nehme es in Kauf, kritisierte die CSU, dass ein für die Stadt und die Region sehr wichtiges Projekt an die Wand fahre.

Am Abend vor der Stadtratsentscheidung hatte ein Gespräch zwischen Oberbürgermeister Christian Ude und dem bayerischen Wirtschaftsminister Martin Zeil (FDP) kein greifbares Ergebnis gebracht. Der Freistaat Bayern ist angesichts der knappen Kassen des Bundes bereit, einen Teil der Fördergelder vorzufinanzieren. Allerdings müsse die Landeshauptstadt ebenfalls 350 Millionen Euro dazugeben, da ihre Bürger ja auch von der S-Bahn profitierten. Von einer Beteiligung der Landkreise im Einzugsbereich der S-Bahn war im Vorfeld ebenfalls die Rede. Von dort kam aber umgehend einhellige Ablehnung.

Im Gespräch mit Zeil seien die 'Merkwürdigkeiten des Ansinnens des Freistaats' besonders deutlich geworden, berichtete Ude dem Stadtrat. In der 39-jährigen Geschichte der S-Bahn sei noch nie bezweifelt worden, dass der Freistaat für dieses Verkehrssystem zuständig sei. Man könne nun nicht einfach die Münchner Steuerzahler zur Ader lassen. Die Kommunen seien aufgrund der Gesetze auch gar nicht berechtigt, sich an der Vorfinanzierung zu beteiligen. Finanziell seien sie dazu ohnehin nicht in der Lage.

Ude sprach von Propaganda-Nebelwolken des Freistaats und nannte dessen Verlangen nach einer finanziellen Beteiligung der Stadt den 'bislang windigsten Versuch, glasklare Zuständigkeiten zu ändern'. Dies sei der 'unfreundlichste Umgang mit Kommunen', den er sich vorstellen könne. Letztlich werde der Freistaat auch bald fordern, die Kommunen müssten sich an den Kosten für Panzer beteiligen, weil sie von Bundeswehr-Standorten profitierten. Oder die Städte sollten die Universitäten finanzieren, weil diese ihnen Vorteile brächten.

Zu viel Polemik, empörte sich die CSU. Formaljuristisch mag Ude mit der Argumentation bei der S-Bahn recht haben, sagte Stadtrat Walter Zöller, 'in der Sache liegt er jedoch völlig daneben'. Der Streit um den Ausbau der S-Bahn habe eine andere Dimension erreicht, seit der Münchner Oberbürgermeister Ambitionen auf das Amt des bayerischen Ministerpräsidenten hat und für die SPD punkten wolle. Ude schlage alle Türen zu und nehme damit das Scheitern der zweiten S-Bahn-Stammstrecke in Kauf. Zöller: 'Stadt und Region werden nicht ausgeplündert, es geht einzig und allein um ein besseres Schienennetz.'

Der Beschluss sei die 'Absurdität in Perfektion', sagte Michael Mattar (FDP): 'Was will man nun noch verhandeln?' Ude sieht trotz aller Querelen das Thema nicht am Ende. Man müsse die Gespräche mit der Bahn verstärken. Die sollte größtes Interesse am Funktionieren ihres S-Bahn-Systems haben. Minister Zeil nahm Ude übel, dass er die Vertraulichkeit der Unterredung verletzt habe. Er betonte aber auch, dass der Gesprächsfaden zwischen Staat und Stadt nicht abreißen solle.

Quelle: Süddeutsche Zeitung, Donnerstag, den 01. Dezember 2011, Seite 51